

Macht was draus!

Die SPÖ-Führung könnte mit der Vermögenssteuer die größte Sozialreform seit der Ära Kreisky auf den Weg bringen. Seit Jahren gab es nicht so viel Rückenwind für ein sozialdemokratisches Kernthema. Nur wenn die Parteiführung zum Äußersten bereit ist, wird sie sich gegenüber der ÖVP durchsetzen können.

Thomas Piketty landete mit seiner detaillierten Beschreibung der zunehmenden Vermögenskonzentration in den letzten Jahrhunderten einen Bestseller, der auf den Unis, in den Feuilletons und in den Regierungskabinetten der westlichen Welt auf und ab diskutiert wird. In Österreich kampagnisieren linksliberale Medien und teilweise der Boulevard aktiv für die Vermögenssteuer, rechtsliberale KommentatorInnen können sich eine Rochade zwischen Arbeits- und Vermögensbesteuerung vorstellen, wenn die Abgabenquote dabei unangetastet bleibt. Mehrere prominente österreichische MillionärInnen unterstützen öffentlich letztgenannte Position. Im Arbeitnehmerflügel der ÖVP machen sich immer mehr Leute für die Vermögenssteuer stark und richten ihrem Parteichef aus, dass er Lobbys vertritt und nicht das Volk. Die ÖVP-Führung fordert verzweifelt Strukturreformen statt Steuern und wirkt deshalb völlig unglaubwürdig, weil sie das größte Hindernis für solche Reformen ist – Stichworte Föderalismus, Beamte, Bauern und Wirtschaftsförderungen. SPÖ und Gewerkschaften, die seit vier Jahren konsequent für die Vermögenssteuer argumentieren, werfen zwei Mal pro Woche ein Kaliber in die Diskussionsschlacht, um die Rochade zwischen Kapital- und Arbeitsbelastung zu fordern und der ÖVP mit dem Ende der Koalition zu drohen. „Vermögenssteuer oder Koalition“, das ist eine entschlossene Ansage. Seit dem Amtsantritt der Regierung Gusenbauer im Jahr 2007 ersehnen kritische SozialdemokratInnen jenes Szenario, das 2014 unverhofft Realität wird: eine SPÖ die beim Thema Vermögensverteilung in die Offensive geht.

Auch in der Sektion 8 haben wir diese politische Situation seit unserer Gründung 2007 erträumt. In unserem allerersten Zeitungskommentar habe ich unter dem Titel „Veränderung benötigt Risiko“ im Jänner 2008 folgendes geschrieben: „Die SPÖ kann bei Konflikten um Sachthemen nicht glaubwürdig mit einer öffentlichen Konfrontation, geschweige mit dem Koalitionsbruch drohen, weil alle Akteure/innen wissen, dass die handelnden Personen rund um Alfred Gusenbauer im Fall der Fälle lieber ihren Posten behalten, als für eine Überzeugung ein Risiko einzugehen.“ Dabei haben wir Monate vor Ausbruch der Finanzkrise auf jene Diskussion angespielt, die jetzt gerade intensiv geführt wird: „Obwohl alles aufgelegt ist: Österreich ist bei den Vermögenssteuern das Schlusslicht aller OECD-Staaten, deren Anteil am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen macht hierzulande etwas mehr als ein Prozent aus. Im Schnitt der EU-15 sind es über fünf Prozent.“

Wenn Österreich tatsächlich eine Vermögenssteuer einführt, wären wir das erste Land in der EU, das einen konträren Weg zum Sparwahn der EU-Kommission einschlägt. Brüssel argumentiert nämlich unter der Chiffre „strukturelle Arbeitslosigkeit“ ernsthaft, dass der Ausschluss von einem Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung aus dem Arbeitsprozess in manchen Regionen Europas ein notwendiger Schritt zu mehr Wohlstand sei. Nur um die Logik explizit zu machen: Nicht-Arbeit soll also Wohlstand schaffen?! Mit der Besteuerung von Vermögen und der Entlastung von Arbeit würde Österreich eine Pionierrolle am Weg zu einer neuen Krisenpolitik einnehmen. Überhaupt sind große sozialdemokratische Würfe nach 30 Jahren rotem Rückzugsgefecht hierzulande ausgesprochen rar.

Diese Steuerreform könnte tatsächlich die bedeutendste Sozialreform seit Kreisky werden. Wenn Werner Faymann in der Lage ist, das durchzusetzen, schreibt er Geschichte. Dies würde sich auch am SPÖ-Bundesparteitag kommenden Herbst niederschlagen. Bis vor wenigen Wochen wurde damit gerechnet, dass der Parteivorsitzende dort mit einem 70er-Ergebnis abgestraft wird. Für eine erfolgreiche Steuerreform würde er – zu Recht – mit einem 90er-Ergebnis belohnt werden. Entscheidend für die Durchsetzung ist die Risikobereitschaft, diese Koalition im Fall der Fälle zu verlassen. Nicht, weil das wünschenswert, sondern weil es notwendig wäre. Eine eventuelle Neuwahl würde zur Abstimmung über die Vermögenssteuer – ein Szenario, das vor allem ÖVP und FPÖ fürchten müssten. Die SPÖ-Führung hat zum ersten Mal seit der Regierungsbildung 2007 alle Trümpfe in der Hand. Die öffentliche Diskussion ist bereits gewonnen, es geht nur noch um die politische Realisierung. Das ist die wichtigste Auseinandersetzung der Ära Faymann und es steht Spitz auf Knopf. Erstmals steht die gesamte Partei in einer Frage hinter der Führung. Macht was draus!